

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispaltig, 2.5 Zeilen 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-
herig. Gebühreneinsendung auf Postk. Alfred Riedel 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsf. Freitag

Kollegen! Kolleginnen!

Am 13. März 1932 fällt die Entscheidung
für Volksrechte gegen Diktatur
Hitler erstrebt die brutale faschistische Diktatur
Darum
keine Stimme diesem Todfeind der Arbeiterklasse!
Aber auch keine Stimme für den Kandidaten der RGO.

Jede Stimme für Thälmann zählt für Hitler
Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler

Darum rufen wir euch auf, den selbsterhaltenen

Reichspräsidenten Hindenburg eure Stimme zu geben!

Berufsstatistik und Wirtschaftsnot.

Die statistische Erhebung innerhalb unserer Branchen, die wir kurz vor dem Verbandstag, mithin alle drei Jahre, veranstalten, hat nach der Zählung vom Dezember 1931 das Bild ergeben, das im Hinblick der tiefgehenden Krise zu erwarten war. Die Berufsstatistik trägt unverkennbar die Züge der wirtschaftlichen Depression, und ihr Einfluß tritt in brutaler Auswirkung durch den niedrigen Beschäftigungsstand im Vergleich mit den früheren Jahren Traß in Erscheinung. Wenn es sich bei der Erhebung auch nur um eine allgemeine Zählung handelt, so steht der Umfang, sofern die Zahl der Orte und die Zahl der erfassten Betriebe in Betracht kommen, den Erhebungen früherer Jahre nicht nach. In Anbetracht der schlechten Beschäftigung lohnt es sich diesmal nicht, die Statistik auf dem Betriebsfragebogen aufzubauen. Wir mußten uns mit der Feststellung durch den Ortsfragebogen begnügen. Die gestellten Fragen beschränkten sich nur auf das Wesentliche. Fragt wurde nach der Anzahl der Betriebe, nach der Stärke der Belegschaft, nach der Zahl der beschäftigten Facharbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge und dem Organisationsverhältnis. Der Vergleich mit dem statistischen Ergebnis des Jahres 1928 zur Zeit der guten Wirtschaftsjunktur mit dem von 1931 ist dabei angebracht.

Ortsfragebogen wurden uns als beantwortet im Jahre 1928 von 359, im Jahre 1931 von 351 Orten eingeleitet. Betriebe wurden erfasst: 1928 14 384, 1931 15 284. Davon waren Betriebe ohne Beschäftigte: 1928 6657, 1931 8545.

Die einzelnen Branchen ergeben folgendes Bild:

	Zahl der Betriebe	Darvon Kleinbetriebe je Proz.	Alleinbetriebe je Proz.	dagegen 1928
Handwerksattlereien	3 479	2 006	57,7	53,4
Lederwarenherstellung	865	194	22,4	15,8
Lebtreibriemenfabrikation	193	39	20,2	6,4
Fahrzeugindustrie	448	146	32,6	14,1
Sonstige Branchen	282	72	25,5	3,6
Tapezierer- und Polster- gewerbe	10 017	6 088	60,8	50,8
	15 284	8 545	55,9	45,8

Die Zahl der Alleinbetriebe hat also insgesamt eine weitere Steigerung erfahren. Bei den einzelnen Branchen steht die Lebtreibriemenindustrie obenan, denn die Alleinbetriebe haben sich, wie die Vergleichszahl von 1928 beweist, über das Zweifache vermehrt. In der Fahrzeugindustrie sind mehr als doppelt so viel Kleinbetriebe vorhanden als vor drei Jahren. Im Tapezierergewerbe beträgt die Zu-

nahme 17 Proz. Am stärksten ist der Leerlauf in den Betrieben, die unter „sonstige Branchen“ erfasst wurden. Die Alleinbetriebe in der Lederwarenherstellung haben geringen Zuwachs. Desgleichen auch verhältnismäßig die Handwerksattlereien. Allerdings ist die Zahl der Gehilfen im Sattlergewerbe so gering, daß Vergleiche sich nicht lohnen. Die Schrumpfung ist hier im wesentlichen auf den technischen Fortschritt zu buchen, der die fabrikmäßige Herstellung begünstigt und die handwerkliche Arbeitsmethode verdrängt. Ein großes Heer Kleinmeister mit Lehrlingen ohne Gehilfen ist vorhanden. Die technische Umstellung der letzten Jahre, vor allem die Rationalisierungsbestrebungen waren natürlich auf die anderen Branchen nicht ohne Einfluß und dürften in der Fahrzeugindustrie dazu beigetragen haben, daß die Betriebe ohne Beschäftigte sich so stark vermehren. Vor allem hat aber die tief einschneidende Wirtschaftskalamität dahin gewirkt, daß die Betriebe ohne Beschäftigte so stark zugenommen haben.

Die Zahl der Kleinbetriebe, die einen bis drei Beschäftigte hatten, betrug im Jahre 1928 66 Proz., 1931 dagegen 55,9 Proz. Die Differenz von 10 Proz. oder ihre Verminderung ist auf das Konto der Betriebe ohne Beschäftigte zu setzen, die um denselben Satz zugenommen haben. Betriebe mit vier und mehr Beschäftigten wurden 44,1 Proz. gezählt. Natürlich müssen die Verhältnisse der einzelnen Branchen bei der Beurteilung berücksichtigt werden. Am geringsten sind die Kleinbetriebe in der Lederwarenindustrie vorhanden, wenn auch das Prozentverhältnis gegenüber 1928 stark gestiegen ist. Im Jahre 1931 waren es 41,4 Proz., während 1928 nur 26,6 Proz. gezählt wurden. Es folgen die Lebtreibriemenfabrikation mit 59 Proz. (35 Proz.), die Fahrzeugindustrie mit 66,5 Proz. (53 Proz.), die sonstigen Branchen mit 67,5 Proz. (65 Proz.). Das Tapezierer- und Polstergewerbe hat sogar 86,1 Proz. gegenüber 1928, wo 70 Proz. festgestellt wurden, aufzuweisen. Das Sattlergewerbe mit seinen 96 Proz. der Betriebe, die nur drei Beschäftigte haben, steht an der Spitze. Im Jahre 1928 waren es 90 Proz. Wenn man ferner beachtet, daß bei letzterem die fehlenden 4 Proz. sich auf Betriebe mit 4 bis 10 Beschäftigte beschränken, so sei noch außerdem festgestellt, daß die Zahl der Lehrlinge insgesamt doppelt so hoch ist als die der beschäftigten Gehilfen. Es sind, wie schon betont, andere Ursachen, nicht nur allein die Merkmale der Krise, die hier den

Niedergang verursachten. Mittlere Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl von 4 bis 20 Personen wurden im Tapezierergewerbe 495, in der Lederwarenindustrie 289, in der Lebtreibriemenfabrikation 77, im Fahrzeugbau 76 und bei den sonstigen Branchen 60 gezählt. Größere Betriebe mit 21 und mehr Beschäftigten wurden Ende 1931 insgesamt 192 gezählt, während in der Zeit der Wirtschaftsprospérité Ende 1928 insgesamt 503 vorhanden waren. Der Rückgang beträgt rund drei Fünftel und hat natürlich seine tiefere Ursache in der allgemeinen Depression des gesamten Wirtschaftslebens.

Burden in der Lederwarenherstellung 1928 272 Betriebe mit 21 und mehr Beschäftigten ermittelt, so wurden Ende 1931 jedoch nur 104 Betriebe gezählt. Die Zahl dieser Betriebe betrug im Tapezierergewerbe 1928 120 Betriebe, 1931 nur 49 Betriebe; im Fahrzeugbau 1928 64 Betriebe, 1931 25 Betriebe. Bei den sonstigen Branchen waren 1928 23 vorhanden, 1931 nur 8 und in der Lebtreibriemenindustrie fielen diese von 22 auf 6 Betriebe zurück.

Mit der Schrumpfung der Produktion war naturgemäß der weitere Leerlauf in den Betrieben die Folge. Der Rückgang ist enorm. Die Arbeitslosigkeit hatte niemals zuvor einen solchen Grad erreicht wie Ende des Jahres 1931. Auch hier liefern die Vergleichszahlen den ekklatanten Beweis.

Die Betriebe mit Beschäftigten gingen um 1159 oder im Prozentverhältnis um 14,7 zurück. Die männliche Belegschaft jedoch um 18 454 oder 55,7 Proz. Die Zahl der weiblichen Belegschaft um 6889 oder gleichfalls um 55,7 Proz. Die Lehrlinge nahmen um 1320 ab, ergibt 15,6 Proz. Insgesamt hat die Zahl der Beschäftigten gegenüber Ende 1928 um 26 663 abgenommen oder um 49 Proz.

Erwähnt sei noch das Stärteverhältnis der einzelnen Branchen hinsichtlich der Gesamtzahl der Beschäftigten, die durch unsere Erhebung erfasst wurden. Demnach ergibt sich folgendes:

Branchen	Beschäftigte einchl. Lehrlinge	in Proz.
Lederwarenindustrie	8 750	32,2
Tapezierergewerbe	11 016	40,5
Lebtreibriemenindustrie	917	3,4
Fahrzeugindustrie	2 514	9,2
Handwerksattler	2 905	10,6
Sonstige Branchen	1 129	4,1
Insgesamt:	27 231	100

Organisiert waren von den Beschäftigten 65,4 Prozent, wobei beachtet werden muß, daß die Zahl der unorganisierten Lehrlinge im Tapezierergewerbe sowie bei den Handwerksattlern erheblich ist. Von den 27 231 Beschäftigten waren 7115 Lehrlinge.

Die statistische Erhebung, die sicher nur allgemein bewertet werden kann, gibt uns immerhin einen Fingerzeig, wie die Verhältnisse in den einzelnen Branchen unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise gestaltet haben. Der Leerlauf in den verschiedenen Betrieben der in Betracht kommenden Branchen ist katastrophal. Das allgemeine Bild, das uns durch die Erhebung gegeben wurde, ist erschütternd, wenn man ferner betrachtet, daß Ende des Jahres 1931 nicht weniger als 14063 oder 61,8 Proz. unserer Mitglieder arbeitslos waren. Dazu kommen die Kurzarbeiter. So wie in unserem engeren Berufsleben sich die Verhältnisse gestaltet haben, so finden wir sie fast ausnahmslos in allen anderen Berufsgruppen.

Eine furchtbare Anklage gegen die privatkapitalistische Wirtschaftsführung! Wieviel Elend, Not und Entbehrung geben diese Zahlen allein aus unseren engeren Berufskreisen wieder. Es muß den verantwortlichen Stellen klargestellt werden, daß es so nicht weitergehen kann. Der Schrei nach Arbeit, nach Brot muß sich Gehör verschaffen. l. g.

Die Gewerkschaften und der Krieg im Fernen Osten.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in seiner Sitzung am 2. März mit den weltpolitischen Gefahren beschäftigt, die aus der Fortdauer des Krieges im Fernen Osten sich ergeben können, wenn der Völkerbund, dem Sinn seiner Existenz und seiner Aufgaben entgegen, sich weiterhin untätig verhält, obwohl es seine Pflicht gewesen wäre, diesen Krieg ohne Kriegserklärung schon vor Monaten aus eigener Initiative durch aktives Eingreifen zu beenden. Die allgemeinen Friedenssicherungsverträge, die in den letzten Jahren in feierlichster Form abgeschlossen wurden, verlieren durch diese Passivität des Völkerbundes, durch die Geheimdiplomatie der bewaffneten Großmächte und durch das unverantwortliche Verschleppen dringender Entscheidungen jede praktische Bedeutung. Der Bundesvorstand ist im Einvernehmen mit dem Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes der einmütigen Überzeugung, daß der Konflikt zwischen Japan und China niemals zu kriegerischen Aktionen dieses Ausmaßes hätte führen können, wenn die Signatarmächte des Versailler Vertrages, die den Völkerbund ins Leben gerufen haben und für das Maß seiner Aktivität verantwortlich sind, schon vor Jahren damit Ernst gemacht hätten, ihr Versprechen eingehalten, gemäß dem deutschen Vorbild die Abrüstung durchzuführen oder wenigstens einzuleiten. Die Gewerkschaften erwarten, daß die deutsche Reichsregierung in der Völkerbundversammlung, die am 3. März zusammengetreten ist, ihren ganzen Einfluß aufzubieten wird, eine klare Stellungnahme des Völkerbundes herbeizuführen, um den Krieg Japans gegen China zu beenden und wirksame Sicherungen gegen die Bedrohung des Weltfriedens sowohl bei diesen Verhandlungen als auch in den Beratungen der Abrüstungskonferenz durchzusetzen.

Hilf mir, wo kommt Ihr Geld her?

Die im Berliner Straßenhandel neu erschienene Zeitung „Eiserne Front“ redet mit Adolf Hilfer eine eindringliche Sprache:

„Zum 26. Januar, dem Vorabend des ehemals kaiserlichen Geburtstages, waren Sie wieder einmal zu Ihren rheinisch-westfälischen Ökonomie- und Spendern eingeladen. Sie, der „Arbeiterführer“! Sie durften vor den Bergherren, den Erzherrzögen, den Generaldirektoren, den Chemiefürsten, den Geldfürsten, den Industriefürsten, den adeligen Landleutengewaltigen Ihre Ziele vortragen.“

Der „Sozialist“ als Ratgeber für den Hochkapitalismus! Der „Arbeiterführer“, gefeiert von den hartnäckigsten Feinden der Arbeiterrechte im Deutschen Reich! Hilfer! Wir wollen, nachdem Sie vor den Herren des Kapitalismus gebietert haben, ein paar Fragen stellen:

Sie waren Frontsoldat wie wir. Vor vierzehn Jahren lagen Sie mit uns im Dreck und Feuer des Schützengrabens. Ein Arbeiter mit Arbeitern, ein Prolet mit Proletariern. Das Kaiserreich ließ Sie für sich hüten, aber es verweigerte Ihnen das militärische Führeramt wie uns. Handarbeit schändete im kaiserlichen Heere. Sie machte den Mann unwürdig, Offizier zu werden.

Wo sind wir, wo sind Sie heute?

Wir sind an den Stempelstellen oder bei fargem Lohn im Betrieb.

Sie haben sich einen Palast gebaut. Sie reisen im eigenen Luxusauto (Wert 45 000 Mk.). Sie bewohnen in den teuersten Hotels ganze Zimmerfluchten. Sie leben wie ein Fürst. Sie sammeln ein großes Vermögen. Ein Feiertag kostet Sie mehr, als wir in unseren kühnsten Träumen in einem Monat erarbeiten könnten. Wir fragen Sie, Hilfer: Wer bezahlt und wer bezahlt Sie?

Sie hat in der deutschen Geschichte ein Parteiführer in Jahrzehnten soviel Geld für sich gemacht wie Sie in einem Jahre. Sie scheffeln Geld, während Ihre Frontkameraden bankrottieren, abgebaut, erwerbslos sind und hungern.

Sie versprechen uns Freiheit und Brot. Wir glauben Ihnen nicht, weil Sie mit denen halten, die allezeit für Rechts- und Lohnraub gemein sind.

Wären Sie Privatmann, wir würden uns um Ihren Verfall nicht kümmern. Es prohen und proffen ja so viele Neureiche.

Sie aber haben die Millionen nicht als Börsenjobber oder Unternehmer gemacht.

Sie sind als politischer Spekulant reich geworden.

Ihre politischen Geschäfte haben sich gelohnt, haben sich verzinst, tausendfältig. Als Frontsoldaten fragen wir Sie, den Gastfreund der rheinisch-westfälischen Hochkapitalisten:

Hilfer, wo kommt Ihr Geld her?

Wer bringt die Millionen Reichsmark, Pfund, Dollar, Franken, Lira in Ihre Portemonnaie? Wer? Denken Sie endlich Rechenschaft ab! Vor Ihren Mitgleidern und vor der Öffentlichkeit! So halten es

die Arbeiterorganisationen aller Richtungen, weil sie nichts zu verbergen haben.

Zeigen Sie der Welt Ihre Kassenbücher, wenn Sie sich nicht zu schämen brauchen!

Werden Sie es tun? Werden Sie antworten, Hilfer? ...

Sie werden sich hüten, Sie Vortragsreisenden der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie! — Sie werden sich hüten, Sie hochbezahlter Kritikkollektant für ausländische Heftblätter gegen Deutschland! — Sie werden sich hüten, Sie Großverdiener des blutigen Faschismus! — Sie werden sich hüten, uns jemals unter die Augen zu treten, uns, den Kämpfern der Eisernen Front!

Hat Agitation Aussicht auf Erfolg?

Die traurige Wirtschaftslage, verbunden mit großer Arbeitslosigkeit, liegt wie ein „Alp“ auf der Arbeiterklasse. Kann man in einer solchen Zeit noch erfolgreich Agitation betreiben?

In seiner Nummer 10 bringt der „Proletarier“ die Mitteilung, daß es dem Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes Hans Jürg innerhalb zehn Wochen gelungen ist, seiner Organisation 61 neue Mitglieder zuzuführen. Man kann einwenden, daß unsere Organisation nicht mit dem Fabrikarbeiterverband zu vergleichen ist. Das mag stimmen, jedoch brauchen es ja auch nicht gleich 61 Neuaufnahmen zu sein, die der einzelne Kollege dem Verband zuführt.

Fest steht, daß trotz großer Arbeitslosigkeit noch Tausende von Berufskollegen und -kolleginnen, obwohl sie noch im Arbeitsverhältnis stehen, unorganisiert herumlaufen. Da nicht zu erwarten ist, daß diese Indifferenten von selbst zur Organisation kommen werden, müssen wir dazu übergehen, auf dem Wege der mühevollen und nicht immer angenehmen Kleinarbeit an diese Fernstehenden heranzukommen.

Wie kann der erwerbslosen Jugend geholfen werden?

Diese Frage, kürzlich Gegenstand eines Gesprächs junger Menschen vor dem Mikrophon der „Deutschen Welle“, wird überall gestellt. Die darauf kommenden Antworten zeugen von einer sich entwickelnden und schnell zunehmenden Umschauung weiter Kreise, daß den jungen Menschen unter den Arbeitslosen besonders geholfen werden muß, wieder zu einer nützlichen Beschäftigung zu kommen. Unabhängig von den Plänen und Forderungen auf Arbeitsbeschaffung, Arbeitszeitverlängerung, Kräfteersatz und dergleichen, die die gesamte Arbeitsmarktlage verbessern sollen, werden Möglichkeiten erwogen, die auch bei einer eventuellen unerändert hoch bleibenden Arbeitslosigkeit den Jüngeren Ausichten auf Eintritten in die Betriebe geben. Ausgangspunkt für diese Überlegungen ist die in manchen Berufen feststellbare Tatsache, daß die Jüngeren — etwa die Jahrgänge zwischen 18 und 25 — in höherem Maße von der Erwerbslosigkeit betroffen sind als die Älteren, ja als die ganz alten Arbeitnehmer. Die Ursachen dafür sind verschiedene Art; eine große Zahl junger Menschen steigt gleich nach dem Auslernen aufs Plaster, besonders in den Handwerksbetrieben, in denen ja etwa zwei Drittel aller Lehrlinge gewerblicher Berufe ihre Ausbildung erfahren. Aber in erheblichem Umfang wird der höhere Grad der Arbeitslosigkeit der Jüngeren zurückgeführt auf die bei der Entlassung und Wiedereinstellung in den Betrieben häufig maßgebenden sozialen Gesichtspunkte, nach denen dem jungen, ledigen Menschen die Arbeitslosigkeit leichter erträglich ist als dem älteren, mit Familienorgen belasteten Arbeitnehmer. Für die früheren Krisenzeiten traf das auch zu, denn da konnte der junge Arbeiter die schlimmstenfalls einige Monate währende Arbeitslosigkeit benutzen zur beruflichen und allgemeinen Weiterbildung, konnte auf Wanderschaft gehen und anderswo im Beruf oder auch in berufsfremden Beschäftigungen Arbeit finden. Heute sehen die Dinge aber ganz anders aus. Unter den jungen Menschen ist die Zahl der langfristigen Erwerbslosen riesengroß, wahrscheinlich auch erheblich größer als unter den anderen Altersklassen. Diese Jugendlichen leben nicht nur ihre beruflichen Fähigkeiten und damit ihre Verwendungsfähigkeit dahinschwinden; ihnen kommt auch, je länger die Krise dauert, immer mehr zum Bewußtsein, daß sie Ausgestoßene des Lebens sind, denn sie haben ja überhaupt noch keine Möglichkeit gehabt, ihrem Leben mit eigenen Kräften, mit selbst-erworbenen Mitteln Gestalt und Inhalt zu geben. „Wenn es ein Recht auf Arbeit gibt, dann haben es die Jungen qualvoller“, so heißt es in dem Artikel „Um untere arbeitslose Jugend“ von einem Mannheimer Maschinenbauer, den die „Soziale Praxis“ am 11. Februar 1932 veröffentlichte. Und der Ber-

fasser gibt nur einer weitverbreiteten Stimmung Ausdruck, wenn er sagt: „Schickt die Invalidentrentner, die Beschäftigten, die Verborgenen, soweit sie noch in den Betrieben beschäftigt sind, nach Hause. Kürzt die Arbeitszeit noch mehr. Füllt die Belegschaften wieder auf und laßt sie turnusmäßig arbeiten. Macht, was ihr wollt, aber gebt den Jungen Arbeit, laßt sie schaffen und verdienen.“

Eine andere Form des Freimachens von Arbeitsplätzen zugunsten der Jüngeren stellt die Forderung dar, durch Gesetz die Weiterbeschäftigung auslernender Lehrlinge für einen bestimmten Zeitraum festzulegen. Dem Reichstag ist dieser Tage ein Antrag in Form eines Gesetzesentwurfs von Lambach und Genossen vorgelegt worden, wonach durch eine Ergänzung der Gewerbeordnung der Lehrherr verpflichtet werden soll, den Lehrling in unmittelbarem Hinblick auf die Lehrzeit in dem erlernten Beruf (als Gehilfe, Gehilfe, Angestellter usw.) für mindestens sechs Monate weiter anzustellen, „wenn er während dieser Zeit oder den vorausgegangenen sechs Monaten einen neuen Lehrling einstellt“. So begründet die Forderung ist, dem Ausgelernten zu ermöglichen, eine gewisse Zeit in seinem erlernten Beruf als Facharbeiter oder Angestellter tätig zu sein, so sehr doch betont werden, daß als wahrscheinliche Folge eines solchen Gesetzes keine neuen Lehrlinge eingestellt werden würden. Wird der Weiterbeschäftigungszwang aber nicht an die Voraussetzung der Einstellung eines neuen Lehrlings geknüpft, so müßte zweifellos vielen, besonders kleinen Betrieben auf Grund ihrer Beschäftigungslage eine Ausnahme von dem Weiterbeschäftigungszwang genehmigt werden. Die in früheren Jahren in den deutschen Gewerkschaften aufgetretenen Bedenken gegen einen solchen Beschäftigungszwang, daß durch ihn praktisch eine gefühlige Verlängerung der heute üblichen Lehrzeit erfolge und daß auch die Lohn- und Gehaltsfestsetzung für die jungen Facharbeiter und Angestellten dann eine entsprechende Bemessung finden würden, haben heute noch dieselbe Bedeutung.

Mit dem Freimachen von Arbeitsplätzen hat die preussische Regierung bei den vor einigen Monaten eingeleiteten Schulabbaumaßnahmen zugunsten der Junglehrer bereits praktisch begonnen. Bei den Lehrern kann die Pensionierung schon im 62. Lebensjahr erfolgen — aber es handelt sich hier eben um eine Pensionierung. Die alten Arbeiter haben jedoch, wenn sie nicht invalide sind, erst vom 65. Lebensjahr an nichts als ihre bestehende Altersrente zu erwarten. Nun kann man auf diese Altersrente wohl die Antwort hören, daß ein Altersrentner immer noch leichter seine Existenz fristen könnte als ein junger Erwerbsloser, der oft genug nicht einmal die bestimmt unter den Sägen der Altersrente liegende Wohlfahrtsunterstützung erhält. Der junge Mensch habe mit Recht andere Ansprüche ans Leben zu stellen als der am Ende seiner Tage ans Leben zu stellen die Zahl der in Arbeit stehenden alten Leute so groß, daß ihre Entfernung aus den Arbeitsstellen eine nennenswerte Zahl von Plätzen für die Jüngeren frei macht? Die Nationalisierungsmaßnahmen werden hier bereits in großem Umfang aufgeräumt haben. Ende 1930 zahlten die Landesversicherungsanstalten an 1 365 400 über 65 Jahre alte Personen davon über 800 000 Männer) Invaliden- bzw. Altersrenten. Aber wie viele davon stehen dem heute noch im Produktionsprozess? Der oft gehörten Forderung, die Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre herabzuziehen, konnte bisher gar nicht ernsthaft nähergetreten werden, weil die Versicherungsanstalten heute bereits mit schwerem Geldsorgen zu kämpfen haben. Würde durch Gesetz etwa vom 60. Lebensjahr an ein Anspruch auf Invalidenrente gegeben werden, so hätten die Landesversicherungsanstalten mit einem sofortigen Zugang von 400 000 bis 500 000 neuen Rentenempfängern zu rechnen.

Eine Fülle von schwierigen Problemen wird also aufgeworfen durch die Forderung, den jungen Erwerbslosen auf Kosten der älteren Arbeiter zur Beschäftigung zu verhelfen. In der Gewerkschaftsbewegung stehen die Jungen neben den Alten. Sie hat in den Alten in der Regel die zuverlässigsten und treuesten Anhänger, in den Jungen aber das für die Zukunft der Gesellschaft und auch der Arbeiterbewegung entscheidende Element. Diese Tatsachen werden zu berücksichtigen sein, wenn bei einem weiteren Ausbau von Wirtschaftspolitik und Arbeitslosigkeit die hier berührten Fragen auf eine Klärung innerhalb der Gewerkschaften hindrängen.

Stimmt für Hindenburg um Hilfer zu schlagen!

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Bremen. Generalversammlung am 18. Februar. Der Vorsitzende, Kollege Haupt, gab in seinem Geschäftsbericht einen Ueberblick über das verfloffene Jahr. Die außerordentliche Erwerbslosigkeit hat auch in unseren Reihen tiefe Wunden gerissen. ...

In dem vom Kollegen Zimmermann gegebenen Rapportbericht spiegelt sich in ebenso martianer Weise der Krisenhöhepunkt des Vorjahres wider. Während die Einnahmen auf insgesamt 8000 Mt. zurückgingen, gegenüber den beiden Vorjahren, die zusammen 29 000 Mt. brachten, stiegen die Ausgaben für Erwerbslosen-, Kranken- und Sonderunterstützungen auf weit über 6000 Mt. ...

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde der bisherige Vorstand in seiner Gesamtheit einstimmig wiedergewählt. Am Schluß forderte Kollege Haupt die Verammlung auf, kräftig mitzuwirken am Ausbau der Eisernen Front.

W. S. C h e m i s c h.

Offenbach a. M. Die gut besuchte Generalversammlung sollte diesmal nach dem Willen verdienstvoller extremer Elemente ihren Ausdruck durch eine Aktion der sogenannten RSD. erhalten. Ein Versuch, der, um es vorweg zu nehmen, am gelunden Sinn der Mitgliedschaft scheiterte und ein für die Regisseure geradezu klägliches, aber wohlverdientes Ergebnis nahm. ...

Nach Eröffnung der Generalversammlung gab zunächst Kollege Krüger den Rapportbericht. Aus seinen eingehenden Ausführungen sind hervorzuheben das reiche Zahlenmaterial, aus dem die Mitglieder einerseits die verheerende Wirkung der Weltwirtschaftskrise, die ihren Niederschlag findet in Dauerarbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Verelendung breiterer Volksschichten, entnehmen konnten, demgegenüber andererseits die Bemühungen der Gewerkschaft stehen, mit den ihr gebotenen Mitteln die Noie unserer Kollegenchaft nach Möglichkeit zu mindern. ...

leisten. Betragen doch im letzten Jahr die Ausgaben für Unterstützungen am Ort rund 70 000 Mt. bei einer Einnahme von 108 000 Mt. Ein Vergleich mit 1928 zeigt deutlich den schweren Weg, den in den letzten drei Jahren die Organisation ging; standen doch damals einer Beitragsleistung von 162 933 Mt. nur Unterstützungen von 39 000 Mt. gegenüber. ...

1928 ein Monatsdurchschnitt in unserer Verwaltungsstelle in Höhe von 2644 vollqualifizierenden Mitgliedern. Januar 1932 650 vollqualifizierende Mitglieder. Arbeitslosen durchschnitzziffer 1928: 782 im Monat, heute 1422, also eine Verdoppelung. Demgemäß ging auch die Beitragsleistung pro Mitglied von 37 Beiträgen im Jahre 1928 zurück auf 2,7 im Jahre 1931. ...

Hierauf gab Kollege Galm den Tätigkeitsbericht für das abgelaufene Jahr. Er verwies auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, der es jedem Kollegen ermöglichte, kritisch Stellung zu nehmen, Fehler aufzuzeigen und Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit zu machen. ...

Stuttgart. Generalversammlung vom 12. Februar 1932. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Verammlung die verstorbenen Mitglieder Otto Brecht, Heinrich Derschm, Wilhelm Meier, Heinrich Schmid, Wilhelm Bethe und Max Geiger. Den Geschäfts- und Rapportbericht erstattete Kollege König. Er schildert einleitend in großen Umrissen die allgemeine schlechte Wirtschaftslage mit ihren für die Arbeiterchaft verheerenden Auswirkungen. ...

troffen worden. Die Löhne sind auf das Mindestmaß des Erträglichen gesunken. 62 Proz. der Branche sind arbeitslos und 30 Proz. sind Kurzarbeiter. Die Tapezierbranche bzw. die Möbelbranche haben stark zu leiden unter der Konkurrenz. In den Innungsbetrieben sind nur noch wenige Gehilfen beschäftigt. Die Tapezierbranche hat 42 Proz. Arbeitslose und 33 Proz. Kurzarbeiter. ...

An Versammlungen und Veranstaltungen fanden statt: Mitgliederversammlungen 6, Funktionäerversammlungen 10, Ortsverwaltungsversammlungen (engere) 21, Ortsverwaltungsversammlungen (erweiterte) 7, Sitzungen der Brandeneleitungen 26, Branchenversammlungen 11, Werkstatt-Betriebsversammlungen 61, Schlichtungs-(Lohn-)verhandlungen 33, Termine am Arbeitsgericht 18, Termine am Arbeitsamt 25, Kartellversammlungen (einschließlich Kurse) 28, Jugendveranstaltungen 12, Konferenzen mit anderen Organisationen 7, auswärtige Versammlungen und Verhandlungen 7, Teilnahme an Sitzungen anderer Körperschaften 27. ...

Die Mitgliederversammlungen haben eine gewisse Besserung in der Besucherzahl erfahren. Um dem Faschismus wirksam entgegenzutreten zu können, müssen die Gewerkschaften in die Eiserne Front eingereicht werden. Die annehmende und gewalttätige Art, mit der die Nazis ihren Kampf führen, mußten vor wenigen Tagen zwei unserer Kollegen in wenig angenehmer Weise erleben. ...

Wenn in Zeiten der Krise sich die Organisation in der Lohnpolitik im Abwehrkampf befindet, so dürfte doch nicht übersehen werden, daß sie andererseits für die Bedrängten eine nicht unwoelenliche Stütze ist. So habe die Verwaltungsstelle Stuttgart in den beiden Krisenjahren 1930 und 1931 an Unterstützungen verschiedenster Art insgesamt rund 70 000 Mt. zur Auszahlung gebracht. ...

Den Bericht der Jugendleitung gab Kollege Mielke. Die Lehrlingshaltung ist stark zurückgegangen. Die Großbetriebe bilden keine Lehrlinge mehr aus, dadurch schied der aktivste Teil der Jugendabteilung aus. Die älteren Kollegen sollten die Jugendleitung besser unterstützen. Die Berichte wurden beifällig aufgenommen.

An der lebhaften Debatte beteiligten sich dreizehn Kollegen, die sich vorwiegend mit den Problemen Lehrlingsausbildung, Jugendzueziehung und Faschismus, Arbeitslosigkeit und Vereinzel mit Beitrags- und Gehaltsfragen befaßten. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. In seinem Schlußwort gab Kollege König seiner Befriedigung über den sachlichen Verlauf der Diskussion Ausdruck. ...

Schicksal der Kinder nach Ehescheidung.

So manche Ehe bleibe ungeschieden, wenn die Ehegatten wüßten, daß durch eine vollzogene Scheidung die Kinder dem einen oder dem anderen weggewonnen werden. Es sind zwei Möglichkeiten denkbar. Werden beide Ehegatten für schuldig erklärt, so bekommt die Mutter den Sohn unter 6 Jahren und die Tochter. ...

Allgemeinverbindlichkeitsklärung.

Der Reichsarbeitsvertrag für die Ledertreibriemenindustrie ist mit Wirkung

ab 1. Februar 1932 für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Der berufliche Geltungsbereich erstreckt sich auf die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Ledertreibriemenindustrie, sowie in Betrieben, die Lederriemern, Manschetten, Spinnerei- und Weberei-Artikel, ferner technische Lederartikel zum Verkauf herstellen.

Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit ist das Gebiet des Deutschen Reiches.

Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 4 Nr. 1 Absatz 2 (Schiedsgericht) und 7 (Reichsarbeitsamt und Auskunftsstelle) des Reichsarbeitsvertrages. Sie erstreckt sich ferner nicht auf bezirkliche und örtliche Lohnregelungen gemäß § 4 Nr. 1 Absatz 1; deren Allgemeinverbindlichkeitsklärungen erfordert jeweils ein besonderes Verfahren.

Unterschrift — Stempel.

Eingetragen am 1. März 1932 auf Blatt 6357, laufende Nummer 19 des Tarifregisters.

Hitlers Kampf um die Betriebe.

Ein neues Rundschreiben der Reichsleitung der NSDAP fordert, daß jedes Parteimitglied, das Arbeitnehmer ist, gleichzeitig der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation beitreten hat. Jeder Ortsgruppenbetriebswart ist angehalten, sofort die Kartei nochmals durchzugehen und säumige Parteimitglieder zum Eintritt in die Betriebszellenorganisation aufzufordern. Aus dem Erlaß der Reichsleitung geht hervor, daß man bestrebt ist, die Betriebszellen so stark zu machen, „um alle lebenswichtigen Arbeiten bei kommender Gelegenheit selbst auszuführen. Kapp-Bußch-Erscheinungen dürfen sich nicht wiederholen.“

Aus diesen Worten geht deutlich hervor, daß man mit allem Nachdruck eine genügende Anzahl von Arbeitern heranzubilden beabsichtigt, die im Ernstfalle die Produktion in lebenswichtigen Betrieben fortführen kann. Deshalb heißt es auch in dem Rundschreiben: „Die Uebernahme der Macht wird uns vor schwierigste Aufgaben stellen, denen wir unbedingt gewachsen sein müssen.“ Man soll derartige Mahnungen nicht unterschätzen. Das ganze beweist uns, wie hartnäckig die Nazis gegen die Arbeiterbewegung anzurennen versuchen und welcher Mittel sie sich dabei bedienen. Schließlich haben ja auch die Unternehmer ihre Millionen nicht umsonst geopfert. Sie wollen für ihr Geld endlich etwas sehen.

Gewerkschaftsfreundlich oder gewerkschaftsfeindlich?

Die NSDAP ist zur Zeit bemüht, ihre Betriebszellenorganisation wieder einmal zu einer „Großoffensive“ gegen die Gewerkschaften anzusetzen. Die Agitatoren der NSDAP bemühen sich deshalb wieder einmal, die Hitlerbewegung als gewerkschaftsfreundlich hinzustellen. So lesen wir in einem Aufsatz von Wilhelm Kaiser-Röhm in Nr. 18 des „Westdeutschen Beobachters“ vom 22. 1. 32:

... daß der Nationalsozialismus keinesfalls gewerkschaftsfeindlich ist, noch auf Grund seines weitanschaulichen Aufbaus sein kann.“

Wenige Zeilen später allerdings wirft der gleiche Autor den Gewerkschaften vor

... daß vor Jahren die Arbeitnehmerschaft fort-dauernd für nutzlose Dinge (Lohnerböhlungen? Die Neb.) in den Streik gekehrt wurde.“

Etwas deutlicher enthüllt schon der Nationalsozialistische Parlamentsdienst vom 4. 2. 32 die nationalsozialistische „Gewerkschaftsfreundlichkeit“. Im Rahmen längerer Darlegungen zur Sozialpolitik heißt es dort:

„Die Hitlerbewegung ist nicht gegen die Gewerkschaften. An sich steht die Hitlerbewegung den Gewerkschaften bejahend gegenüber. Ihr Kampf richtet sich nur gegen den klassenkämpferischen Geist der Gewerkschaften.“

Gebte Arbeitervereine, die von jedem Klassenkampfgeist gereinigt sind, werden also im Dritten Reich gnädigst gebudet!

Am deutlichsten hat sich aber Hitler selbst auf der Düsseldorfer Industriellentagung gegen die Gewerkschaften gewandt. Das Organ der arischen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, teilt darüber in Nr. 32 vom 7. 2. 32 mit, daß eine reaktionäre Industriellenkorrespondenz ohne Widerspruch über Hitlers Ausführungen folgendes veröffentlichten konnte:

„An den heutigen Zuständen sei das Fehlen des nationalen Gedankens schuld. Dazu habe die Sozialdemokratie seit der Revolution planmäßig beigetragen. Die Sozialdemokratie werde gestiftet durch die Gewerkschaften. Diesen sagt er den schärfsten Kampf an. Sie hätten nicht nur das National-

bewußtsein durch Friedensgesellschaften u. a. zerstört, sondern auch die Persönlichkeit vollkommen erdrückt. Jeder Mann müsse auf dem richtigen Posten Kräftiges leisten. Dabei müsse es starke Unterschiede geben. Manche seien der Auffassung, Eigentum sei Diebstahl, aber der Unterschied in der Persönlichkeit ergebe auch Unterschiede im Besitz und in den sonstigen Verhältnissen. Er plädiere jedenfalls für das Recht der Persönlichkeit. Er erkläre schärfsten Kampf gegen die Gewerkschaften.“

Deutlicher als es hier der oberste Parteiführer ausgesprochen hat, kann man die nationalsozialistische Gewerkschaftsfeindlichkeit wohl kaum zum Ausdruck bringen.

Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern.

Am 1. März 1932 ist eine neue Organisation ins Leben getreten: der Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern! Der neue Verband umfaßt alle diejenigen Siedler, die in einer vollen Adernahrung ihre Existenz suchen. Seine besondere Aufgabe sieht er in der Ansiedlung von Landarbeitern. Wie schon der Name ausdrückt, will er darüber hinaus ein Freund und Berater aller Kleinbauern sein. Der Verband steht auf republikanischem Boden und will seine Arbeit mit allen Organisationen, die auf dem gleichen Boden stehen, in freundschaftlicher Zusammenarbeit erledigen. Das Organ des Verbandes ist die zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift „Die Scholle“.

Die Anschrift des Verbandes lautet: Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern, Berlin SW 48, Endesstr. 6. Die Geschäftsführung hat Albert Kreuzer, die Schriftleitung Walter Kwasnit übernommen. Ferner gehören dem Hauptvorstand an: Dr. Lipshitz, Georg Schmidt (M. d. R.) und Franz Spliedt. Die Eintragung in das Vereinsregister steht bevor.

Konferenz „Mensch und Arbeitsgerät“.

Der Ausschuß für gesundheitsgemäße Arbeitsgestaltung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene veranstaltet in Gemeinschaft mit dem Reichsuratorium für Wirtschaftlichkeit und dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitspsychologie am 21. März d. J. in Berlin eine Konferenz über das Thema „Mensch und Arbeitsgerät“.

Die einfließenden Referate werden von Herrn Ministerialrat Prof. Dr. Koelbig, München, über die arbeitsphysiologischen und arbeitshygienischen Grundlagen, und von den Herren Dr.-Ing. Edgar Hohmann, vom Deutschen Handwerksinstitut, Prof. Dr. Derlign, Direktor der Versuchsanstalt für Landarbeitslehre in Pommerh, und Prof. Dr. Hill, Leiter des Instituts für forstliche Arbeitswissenschaft in Eberswalde, über die bisherigen Ergebnisse in der Frage der Gestaltung des Arbeitsgerätes in der Praxis des Gewerbes, der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft gehalten.

Einladungen zu der Konferenz können von der Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M. 17, Platz der Republik 49, angefordert werden.

Die Hochschule für Politik.

Die Hochschule für Politik, Berlin W 56, Schinkelplatz 6, bietet allen in Berlin wohnenden Kollegen ein weites Betätigungsfeld, sich politisches Wissen zu erkämpfen. Besonders die „Wirtschaftshochschule“ an diesem Institut besitzt einen Lehrplan, der in seinem wissenschaftlichen und sachlichen Aufbau sehr zu empfehlen ist.

Der Vorzug dieser Schule liegt darin, daß die stoffliche Behandlung der Vorträge für jedermann allgemein verständlich ist und nur so weit eine Vorbereitung voraussetzt, als sie von jedem Gewerkschafter und Funktionär erfüllt wird. Eine reichhaltige Bibliothek, ein Archiv und Lesesaal sind vorhanden, so daß die nötige Lektüre zur Durcharbeitung der Vorlesungen kostenlos zu beschaffen ist.

Es finden Vorlesungen und Arbeitsgemeinschaften statt über öffentliches Recht und Arbeitsrecht, Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, Soziologie u. a. m. Der Beginn der Vorlesungen ist zeitlich so gelegt, daß allen arbeitenden Kollegen die Möglichkeit gegeben ist, an diesen teilzunehmen. Der Lehrplan erstreckt sich über vier Semester, eine Abschlussprüfung ermöglicht Interessenten den weiteren Besuch der akademischen Abteilung.

Nähere Auskunft über Aufnahmebedingungen und Beratung erteilt Genosse Dr. Berner Falk am 29. März ab 17.30 Uhr im Dozentenzimmer der Hochschule für Politik. Es empfiehlt sich die Beschaffung eines Vorlesungsverzeichnisses aus dem Sekretariat der Hochschule für Politik. Beginn der Vorlesungsreihe 1932/1933 am 25. April.

Jeder Gewerkschafter und Funktionär muß mit geistigen Waffen gerüstet sein und in klarer Beweisführung Ziele und Programm seiner Organisation vertreten können. Nicht der Demagogie der eigenen Klassengenossen gilt unser Kampf, der größte Feind ist der Kapitalismus. Die Anforderungen an Betrautenleute und Betriebsräte steigern sich täglich. Mühsam erkämpfte soziale Rechte gilt es, erfolgreich zu verteidigen. Es gilt auch in dieser Beziehung eine Eiserne Front zu bilden, die fest und stark allen Angriffen unerschütterlichen Widerstand bietet. Einen besonderen Mahnruf an die jüngeren Kollegen. Wer Latendrang und Kampfeslust empfindet, verschaffe sich auch geistiges Rüstzeug. Zeigt, daß ihr den Kampf gegen das jetzige Wirtschaftssystem führen wollt, zeigt den festen Willen, nicht länger Ausbeutungsobjekte struppeloser Kapitalisten zu sein. Leidenschaftlich wollen wir den Kampf führen, den Kampf um unsere Rechte als werteschöpfende Klasse. Wir stoßen vor, wir greifen an!

Durch Kampf zum Sieg!

E. Labitzky.

Rundschau

General Motors stellt deutsche Montage ein. Nach einer Mitteilung des „B. T.“ ist die bereits Anfang Februar gemeldete Absicht einer Produktionsumstellung bei der deutschen Tochtergesellschaft der General Motors Co., der General Motors G. m. b. H. in Borsigwalde, nunmehr Tatsache geworden. Bis auf einige noch abzumachende Aufträge werden keine Wagen mehr zur Montage aufgelegt, so daß der Betrieb in den nächsten Tagen völlig zum Erliegen kommt. In den bisherigen, bekanntlich von den Berlin-Karlsruher Industrierietern gemieteten Werkstätten soll vorerst noch ein Ersatzteil- und Verkaufslager unterhalten werden, dessen Vertiefung jedoch demnächst zu erwarten ist.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 7. März bis 13. März ist der 11. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine fünfundszwanzigjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können zurückblicken:

Name	Beitrag	Eingeliegt
Jost, Wilhelm	Sattler	1. 9. 06
Hartje, Wilhelm	Sattler	28. 1. 06
Reger, Emil	Sattler	12. 12. 06
Pisowzki, Franz	Sattler	9. 9. 06
Sommerka, Rud.	Sattler	1. 1. 07
Heitland, Hermann	Treibriemer	18. 8. 06

Den Verwaltungsstellen, die die Broschüre über Arbeitslosenversicherung usw. bestellt haben, zur Kenntnis, daß die Drucklegung noch um kurze Zeit zurückgestellt ist, um den Inhalt auf den neuesten Stand zu bringen. Sobald über bestimmte Fragen Klarheit geschaffen ist, erfolgt die Drucklegung und anschließend umgehende Zusendung.

Die Hauptverwaltung.

Versammlungskalender

Adm. Dienstag, den 15. März, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Saal 2, Versammlung für alle Branchen. (Kein Trinkzwang.) Vortrag des Gen. Agrenoff über den Fünfjahresplan in Rußland.

Wuppertal, Elberfeld, Barmen, Hohwinkel. Freitag, den 18. März 1932, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus Barmen, Wittenstraße 2, Voller-sammlung statt. Tagesordnung: Vortrag über Putzschismus oder Klassenkampf. Referent Genosse Severing. Verschiedenes. Der Vorstand erwartet reiflichen Besuch der Versammlung.

Adressenänderungen

Hagen. Kass.: Paul Hattling, Nordstr. 3. Krefeld. Borf.: Kurt Friebe, Blumenstr. 117. Adeln (Pomm.) Kass.: Paul Draht, Gerberstraße 46a.

Sterbetafel

Frankfurt a. M. Gestorben ist unser invalider Kollege, der Sattler Albert Schröder, im Alter von 57 Jahren. Leipzig. Am 25. Februar verchied unser Mitglied, der Tapezierer Gustav Merkel. Ehre ihrem Andenken!